12, 01, 88

Sachgebiet 2129

Antrag

der Abgeordneten Frau Hensel und der Fraktion DIE GRÜNEN

Vollzug des Abfallgesetzes

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

- umgehend einen Bericht zur Präzisierung des § 14 AbfG vorzulegen, in dem
 - a) die Ziele vollständig und mit Terminvorgaben benannt werden,
 - b) die Vorstellung der Bundesregierung, in welchem Zeitrahmen die Verhandlungen mit Industrie und Handel beendet sind, verbindlich dargestellt werden,
 - c) die Zeiträume, in denen Erfolg oder Nichterfolg der freiwilligen Vereinbarungen mit Industrie und Handel festgestellt werden, zu benennen sind,
 - d) Konsequenzen bei Erfolglosigkeit freiwilliger Vereinbarungen benannt werden;
- zum Vollzug der formulierten Ziele zur Vermeidung und Verminderung schädlicher Stoffe bei der Entsorgung gemäß § 14 Abs. 1 AbfG unverzüglich Rechtsverordnungen zu erlassen.

Die Rechtsverordnungen legen fest, daß der Schwermetalleintrag aus Gerätebatterien, Bleiakkumulatoren und Stanniolkapseln in den Hausmüll und hausmüllähnlichen Gewerbemüll unterbleibt.

Folgende wirkungsvolle Maßnahmen regeln die Umsetzung:

- a) Substitution von schwermetallhaltigen Batterien, Akkumulatoren und Stanniolkapseln durch umweltverträgliche Systeme;
- b) Kennzeichnung und wirkungsvolle Rücknahmesysteme, u. U. auch mit Hilfe von Einführung des Pflichtpfandes.

Des weiteren wird die Bundesregierung aufgefordert darzulegen, wie "wirksame Rücknahmesysteme" für Stanniolkapseln aussehen sollten:

- 3. zum Vollzug der formulierten Ziele, die Abfallmengen aus Getränkeverpackungen durch Maßnahmen der Vermeidung und Verminderung gemäß § 14 Abs. 2 AbfG zu reduzieren, unverzüglich Rechtsverordnungen zu erlassen, durch die eine Stabilisierung und Ausweitung der vorhandenen Mehrwegsysteme stattfindet;
- 4. als Sofortmaßnahme zur Entgiftung von Hausmüll, Gewerbemüll und Bauschutt unverzüglich wirkungsvolle Getrennt-Erfassungssysteme für Sonderabfall-Kleinmengen aus Haushaltungen und Kleingewerbe gemäß § 3 Abs. 3 AbfG zu entwickeln und in Anwendung zu bringen.

Bonn, den 12. Januar 1988

Frau Hensel Ebermann, Frau Rust, Frau Schoppe und Fraktion